

Biel/Neuenstadt, 5. September 2019

## **Gemeinsame Medienmitteilung**

### **BJR und RFB für eine regionale Planung der Leistungen für Kinder und Jugendliche mit besonderem Förder- und Schutzbedarf**

Der Bernjurassische Rat (BJR) und der Rat für französischsprachige Angelegenheiten des Verwaltungskreises Biel/Bienne (RFB) sind am 29. August 2019 zu einer gemeinsamen Sitzung zusammengekommen. Nach einer Begrüssung durch die Gemeindebehörden von Leubringen haben sie mehrere gemeinsame Dossiers beraten und ihren Willen zur Zusammenarbeit bekräftigt, dies zum Wohle und im Interesse der französischsprachigen Bevölkerung und der kantonalen Zweisprachigkeit.

#### **Kinder- und Jugendschutz – Vernehmlassung zum Gesetz über die Leistungen für Kinder mit einem besonderen Förder- und Schutzbedarf (FSG)**

Der BJR und der RFB setzen sich seit 2014 zusammen mit den regionalen Akteuren und Institutionen dafür ein, dass Notfall- und Beobachtungsplätze für französischsprachige Kinder und Jugendliche geschaffen werden. Nach mehreren Briefwechseln und Diskussionen mit den kantonalen Behörden in den vergangenen Jahren muss festgestellt werden, dass diese Plätze heute noch immer nicht vorhanden sind. Und dies trotz der Ergebnisse mehrerer Analysen, die den diesbezüglichen Bedarf, insbesondere im französischsprachigen Kantonsteil, belegen.

Beide Räte haben im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zum Gesetz über die Leistungen für Kinder mit einem besonderen Förder- und Schutzbedarf (FSG) den kantonalen Willen begrüsst, die Finanzierung, die Steuerung und die Überwachung des ambulanten und stationären Angebots zu harmonisieren. Dennoch erachten sie es als wichtig, die kantonalen Behörden daran zu erinnern, dass es dringend notwendig ist, eine regionale Strategie zu entwickeln, die den spezifischen Bedürfnissen der französischsprachigen Bevölkerung des Kantons Bern entspricht und die Personen unterstützt, die sich täglich vor Ort einsetzen. Dieser Bedarf, vor allem im Bereich der Notfall- und Beobachtungsplätze, dürfte angesichts der Weichenstellungen und Umstrukturierungen in den Nachbarkantonen in den kommenden Jahren weiter anwachsen.

Seit Anfang 2019 stehen der BJR und der RFB im Dialog mit dem kantonalen Jugendamt, um Lösungen für die in der Region festgestellten Probleme zu finden. Die beiden Räte wollen diesen Dialog fortsetzen und stehen der Plattform der bernjurassischen Institutionen (PIEA) und den Fachleuten zur Verfügung, um eine Zukunftsstrategie für die gesamte Region zu erarbeiten.

#### **Weitere Themen – Quersubventionen und Zweisprachigkeit**

Bei dieser Gelegenheit haben die Mitglieder der beiden Räte bei mehreren wichtigen Geschäften eine Standortbestimmung vorgenommen. So wurden beispielsweise die Arbeits- und Lehrstellenplätze in der Region und in der Kantonsverwaltung, das Vorankommen des Status-quo-plus-

Projekts oder etwa die Umsetzung des Expertenberichts vom 31. August 2018 über die Zweisprachigkeit thematisiert.

Im Bereich Kultur haben der BJR und der RFB ausserdem den Gesamtbetrag der seit Anfang 2019 ausgerichtetem Quersubventionen in der Höhe von 35 000 Franken zur Kenntnis genommen. Dies zeigt die Bedeutung, die dem Ausbau der gemeinsamen Zusammenarbeit beigemessen wird – einer Zusammenarbeit, die es kulturellen Projekten ermöglicht, in den Genuss von Finanzhilfen zu kommen und sich im gesamten französischsprachigen Kantonsteil zu entfalten.

## Weitere Auskünfte erteilen:

- Morena Pozner, Präsidentin des BJR, oder Kim Maradan, Generalsekretärin des BJR, Tel. 031 633 75 73 / 079 482 34 72
- Pierrette Berger-Hirschi, Präsidentin des RFB, Tel. 079 287 47 15, oder Stéphanie Bailat, Generalsekretärin des RFB, Tel. 031 633 75 55 oder 079 784 93 92